

PRESSEMITTEILUNG

18. März 2015

Niedersächsische Landjugend fordert bestmögliche Bildungschancen für den ländlichen Raum

Niedersächsische Landesregierung legt Gesetzesentwurf zur Änderung des Schulgesetzes vor

Aufrechterhaltung der ländlichen Schulstandorte, eine gute Verkehrsanbindung sowie eine offene Gestaltung des Ganztagsangebots – das sind Forderungen der NLJ, die lange vor der aktuellen Gesetzesnovelle der Landesregierung Bestand hatten. Bereits im Jahr 2012 setzte sich die NLJ im Rahmen des Projektes „Stark für's Land“ intensiv mit den Missständen im ländlichen Raum auseinander.

Aus diesem Grund begrüßt die NLJ das Anliegen der Landesregierung, die Arbeit in den niedersächsischen Schulen weiterzuentwickeln, um Schülerinnen und Schülern bestmögliche Bildungschancen zu bieten. „Dennoch sind unserer Ansicht nach insbesondere die Bedürfnislagen in den ländlichen Räumen zu berücksichtigen, damit die „Bildungsschere“ zwischen Stadt und Land nicht noch weiter auseinandergeht“, betont Silke Willenbockel, Vorsitzende der NLJ.

Für den ländlichen Raum gibt es einige Aspekte, die besonders zu berücksichtigen sind. Eine gute Erreichbarkeit verschiedener Schulformen ist wichtig für eine Bleibperspektive junger Familien in ländlichen Räumen. Kinder und Jugendliche, die in ländlichen Räumen aufwachsen, müssen dieselben Bildungschancen und vor allem Wahlmöglichkeiten haben, wie Kinder und Jugendliche, die in städtischen Gebieten aufwachsen. Die Einführung der Integrierten Gesamtschule (IGS) als Regelschule wird von der NLJ daher als besonders nachteilig erachtet. „Auch die sogenannte „zumutbare“ Entfernung von 75 Minuten pro einfachen Schulweg ist in unseren Augen absolut nicht tragbar“, verdeutlicht Willenbockel. „Wie bereits in unserem Projekt „Stark fürs Land“ gefordert, darf der einfache Schulweg nicht länger als 45 Minuten in Anspruch nehmen.“

Für die Jugendverbandsarbeit sind engagierte Ehrenamtliche unerlässlich. Der Zeitfaktor ist hierbei für viele Jugendliche ein Hindernis, sich überhaupt ehrenamtlich zu engagieren. Die NLJ schließt sich daher der Forderung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. an, zwei landesweit einheitliche und regelmäßige, „schulfreie“ Nachmittage einzuführen. Damit haben Jugendliche die Möglichkeit, sich außerhalb der Schule zu bilden, zu engagieren und zu entwickeln. „Weiterhin fordern wir, Möglichkeiten einer Schulbefreiung für ehrenamtliches Engagement zu schaffen, die über die bisherigen Regelungen zur Freistellung für die Zwecke außerschulischer Jugendarbeit hinausgehen. Eine Möglichkeit wäre die regelmäßige (z.B. für ein Schuljahr) Freistellung an einem Nachmittag pro Woche für den Zweck des ehrenamtlichen Engagements“, erklärt Willenbockel.

Unterstützt wird von der NLJ der fraktionsübergreifende Konsens die Zahl der Schuljahre bis zum Abitur auch an Gymnasien wieder auf 13 Jahre anzuheben. Das Abitur nach 12 Jahren wird von der NLJ seit der Einführung stark kritisiert.

Weitere Informationen über die Niedersächsische Landjugend gibt es auf www.nlj.de.